

Warum wir nicht immer die große Lösung erwarten sollten

Karl Popper und die Wirtschaftskrise - eine Reminiszenz

Uwe Wiemken

Mai 2009

Diskurs Technik und gesellschaftlicher Wandel

Die in dieser losen Folge von Publikationen erscheinenden Aufsätze haben das Ziel, einen Beitrag zum Diskurs über langfristige technologische Entwicklungen und ihre Implikationen zu leisten. Sie sollen das fachlich eingegrenzte Angebot des Institutes um allgemeine Aspekte des gesellschaftlichen Wandels ergänzen. Einige dieser Arbeiten, die nicht urheberrechtlich gebunden sind, liegen in gekürzten oder modifizierten Versionen in anderen Publikationen vor.

© Uwe Wiemken 2009

Fraunhofer-Institut
für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen
Appelsgarten 2
53879 Euskirchen
Telefon +49 2251 18-0
info@int.fraunhofer.de
www.int.fraunhofer.de

Warum wir nicht immer die große Lösung erwarten sollten

Karl Popper und die Wirtschaftskrise - eine Reminiszenz

*„Wenn wir die Welt nicht wieder ins Unglück stürzen wollen, müssen wir unsere Träume der Weltenbeglückung aufgeben“¹
Karl Popper (1902 -1994)*

In seinen letzten Jahren hat Karl Popper einen gewissen Pessimismus entwickelt angesichts der Tatsache, dass unsere offene Gesellschaft in den Jahrzehnten nach dem Krieg erkennbar eine Neigung entwickelt hatte, sich an den Zustand von Frieden, Freiheit, Liberalität und Wohlstand zu gewöhnen und zu verdrängen, dass es durchaus auch heute noch (und auch für uns) Bedrohungen der Lebensgrundlagen geben könnte, die denen nicht nachstehen, mit denen seine Generation konfrontiert war. Die äußere Bedrohung in Form des Kalten Krieges (einschl. eines allumfassenden Atomkrieges) war wegen seiner Unvorstellbarkeit weit weg vom Alltag, und niemand (auch nicht die Bundeswehr) rechnete ernsthaft damit, aus Richtung Osten von tausenden Panzern überrollt zu werden. Rüstungsforschung, Nachrüstung und Rüstungswettlauf waren (jedenfalls in Deutschland) Mittel der „friedlichen“ Abschreckung und Machtprojektion, nicht der tatsächlich erwarteten Kriegführung. Die innere Bedrohung durch Gewalt in der zivilen Welt war durch das Gewaltmonopol „eingehegt“, und es schien verwerflicher als ein „gewöhnlicher“ Mord zu sein, wenn ein Polizist in einer komplexen für ihn bedrohlichen Situation ohne Absicht einen Straftäter tötete. Die Mehrung des Wohltandes für alle schien ein Naturrecht zu sein und „das System“ wurde als fast beliebig belastbar im Interesse von sozialer Harmonie, vermeintlicher Gerechtigkeit und gesundheitlicher Unversehrtheit wahrgenommen. Wir hatten uns daran gewöhnt, in unserer sozialen Gesellschaft bzw. Marktwirtschaft einen „gerechten Lohn“, aber auch die Teilhabe am Wohlstand (z.B. an den neuen Möglichkeiten der Medizin) als ein soziales und nur begrenzt wirtschaftliches Problem anzusehen. Letztlich hatten wir uns in der Lohnerwartung und in den als selbstverständlich angesehenen Transferleistungen im Interesse des sozialen Friedens auf einem historisch (und geografisch) nahezu unvergleichlichen Niveau eingerichtet. Übrigens hatten wir uns auch daran gewöhnt, heiklen ethischen Fragestellungen und Abwägungen, wie etwa bei der Asylantenfrage, der Resozialisierung straffälliger Jugendlicher oder einem Kampfeinsatz der Bundeswehr durch großzügige Finanzierung eher aus dem Wege zu gehen.

Mit anderen Worten: wir haben auf einer Insel der Reichen und Seligen gelebt und eine „Gutmenschen-Haltung“ entwickelt, die sich ganz unabhängig von den realen Gegebenheiten an ethisch (scheinbar) nicht fragwürdigen „absolu-

¹ Popper, Karl: „Das Elend des Historizismus“, 5. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1979 und Popper, Karl R.: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1 und 2), UTB Franke Verlag München 5. Aufl. 1977

ten“ oder als gerecht empfundenen Forderungen orientiert (vielleicht war das ja auch eine jugendliche Gegenreaktion der 68er auf das, was die Elterngeneration getan oder zugelassen hatte). Wir lehnen die Kernenergie ab, trennen den Müll und meinen, dass Menschenrechte (wie wir sie verstehen) überall gelten müssen. Das ist lange gut gegangen und hat eine kulturelle Grundprägung mit sich gebracht, die eine bemerkenswerte, am „Guten“, „Wahren“ und „Gerechten“ orientierte ideologische Komponente aufweist. Diese Formulierung ist durchaus nicht ironisch gemeint und die beschriebene Haltung konnte lange auch politisch als sympathisch wahrgenommen werden. Sie hat sicher auch dazu beigetragen, viele scheinbare und auch politisch fragwürdige „Selbstverständlichkeiten“ unserer autoritär geprägten Vorgängergeneration zu überwinden. Aber wir könnten heute selber die „Feinde“ von Poppers „Offenen Gesellschaft“ werden, wenn wir nicht lernen, auch vermeintlich „ungerechte Zumutungen und offensichtliche Unfähigkeit der Machthaber und Manager, unseren Wohlstand zu sichern“, „zynisches Unterlaufen der Klimaziele“, die „gesundheitsschädliche Wirkung von Schadstoffen oder technischen Prozessen“ oder „schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte“ nicht absolut, sondern in ihrer relativen Bedeutung für politisches Handeln in einer Demokratie zu gewichten. Es ist nicht alles „absolut und kompromisslos“ schlecht und verwerflich in seiner politischen Bedeutung für globale Teilhabe und damit für wirtschaftliches und politisches Überleben und in seinem Handlungsbedarf, was grundsätzlich schlecht und verwerflich ist. Es geht um Güterabwägung, in der sicher die Moral, genauso aber auch das Überleben der Sozialgemeinschaft eine Rolle spielen müssen. Kompromissloser moralischer Rigorismus ist auch eine durchaus gefährliche Form des Fundamentalismus.

Unbestritten ist vor diesem Hintergrund, dass jede soziale Gruppierung ihre eigenen auch „absolut“ verstandenen Wertvorstellungen an einem eigenen Weltverständnis orientieren kann, wenn sie nicht im Widerspruch zu den demokratisch „ausgehandelten“ Regelwerken der offenen Gesellschaft stehen. Die katholische Kirche kann die Scheidung oder die Abtreibung für ihre Gläubigen verbieten, die Juden müssen am Sabbat nicht arbeiten und eine islamische Frau kann sich anziehen, wie sie will - und jeder ist aufgefordert, seine Vorstellungen in den politischen Prozess einzubringen. Das macht die pluralistische offene Gesellschaft aus. Auf der anderen Seite möchte ich nicht in einem Staat mit einem „absoluten“ Werte- und Selbstverständnis leben, sei es kommunistisch, nationalsozialistisch, ökodiktatorisch (übrigens auch nicht platonisch oder „wissenschaftlich“) oder religiös mit christlichem, jüdischem, islamistischem oder hinduistischem Hintergrund (oder welchem auch immer). Wenn der Papst den Werterelativismus verdammt, dann ist das in seiner Glaubens- und Wertegewissheit ehrenwert und für die Katholische Kirche ja vielleicht auch notwendig - eine staatliche Position kann das nicht sein, dafür gibt es zu viele einander widersprechende Glaubensgewissheiten anderer Gemeinschaften im Staat über die man keine Einigkeit herstellen kann. Ich möchte nicht eine Moral leben müssen, die sich nicht ableitet aus offenen gesellschaftlichen und politischen Diskursen und Meinungsbildungsprozessen, sondern aus dem Weltverständnis

einer bestimmten Gruppe. Ich möchte mich der Gruppe auch nicht in der pragmatischen „Einsicht“ anschließen müssen, dass „irgendein Wertesystem“ als Handlungsrichtschnur immer noch besser ist, als gar keines (und dann sollte es - bitteschön - die christliche sein). Ich persönlich habe Angst vor Menschen mit einer fundamentalen „Selbstgewissheit“ und möchte in einer offenen Gesellschaft leben, selbst auf die Gefahr hin, dass wir immer wieder Entwicklungen nicht richtig eingeschätzt haben, nicht sachkundig genug und ausreichend reagieren und mit schlimmen Entwicklungen fertig werden müssen, von denen immer irgendein kluger Mensch (im Nachhinein) behauptet, dass er es schon immer gewusst hat. Das mussten alle Generationen vor uns auch. Die heutige Demokratie ist ein Staatsmodell für die Verwirklichung von Emanzipation, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, vor allem aber ist sie angesichts der Erfahrungen im zwanzigsten Jahrhundert geschaffen worden, um Macht (und damit möglichen Missbrauch) zu begrenzen und zu kontrollieren.

Die Demokratie ist allerdings gewiss auch nicht dazu da, Machtausübung unmöglich zu machen. Man kann einer Gemeinschaft und den in ihr Handelnden durchaus zu viele Hindernisse und „Controlling“-Regelwerke zur Verhinderung von vermeintlichem Missbrauch zumuten, als dass sie noch in der sich entwickelnden globalen Zivilisation fähig zur Mitgestaltung wären (die Alternative wäre aber die Fremdbestimmtheit). Wir sollten auch nicht übersehen, dass es sich auf unsere „Elitebildungsprozesse“ auswirkt, wenn wir die Politiker rigoros abstrafen und ihnen jeglichen Altruismus absprechen, wenn sie (in unserer notwendigerweise begrenzten Wahrnehmung) nicht in der Lage waren, Ethik und Politik so in Einklang zu bringen, wie es die Öffentlichkeit und namentlich die Medien erwarten. Wir erzeugen so einen bedenklichen Druck hin zum Zynismus und zum Populismus. Auch unsere Gesellschaft ist nicht davor gefeit, wieder in die „Staatsform“ der Tyrannis (in der griechischen Variante) oder der Diktatur - jedenfalls in eine nicht-offene Gesellschaft - „umzuklappen“, weil man in einer Krise populistischen Verführern ins Garn geht, die „wirksame, gerechte und endgültige Lösungen“ versprechen.

Das war es, was Karl Popper „umgetrieben“ hat, weil er gesehen hatte, dass die in unserer offenen Gesellschaft aufgewachsene jüngere Generation sich eine totalitäre Gesellschaft nicht wirklich mehr vorstellen kann. Diese Befürchtung ist sicherlich nicht unberechtigt. Wir erleben ja bereits nach zwanzig Jahren, wie viele Menschen sich die ehemalige DDR und ihren Wahrheitsanspruch „sozial, schön und erfolgreich denken“ und es gibt erneut eine Tendenz, den verbrecherischen Charakter des Nazi-Regimes nostalgisch als eine Art von „Problemlösungskompetenz“ zu verklären.

Vor diesem Hintergrund hat Popper eine Empfehlung zur „Stückwerktechnik“ ausgesprochen. Weil man „absolut“ verstandene unterschiedliche Weltbilder nicht gewaltfrei in Einklang bringen kann (sonst wären sie nicht absolut), stellt er uns vor eine Alternative.

Auf der einen Seite gibt es die historische Beobachtung, dass staatliche Macht-ausübung, die an vermeintlich absoluten und endgültigen Erkenntnissen und Werten orientiert war, de facto die Welt immer wieder in ein menschliches und zivilisatorisches Chaos gestürzt hat. Die wirklich handelnden Menschen wollten „das nicht glauben und mitmachen“, und die Protagonisten glaubten Zwang oder sogar Gewalt ausüben zu müssen, weil sie ja genau Recht und Unrecht kennen - und nicht nur die politischen Regelwerke und den politischen „Pragmatismus des Alltags“ als Leitschnur haben. Immer wieder wurden dabei die wirkliche Situation und der Stand des überprüfbareren Wissens und der Erkenntnis falsch eingeschätzt.

Auf der anderen Seite kann man „sokratisch“ erkenntniskritisch und bescheidener versuchen, vorsichtig in kleinen Schritten Irrtümer zu berichtigen, negative Entwicklungen geduldig zu korrigieren und Verbesserungen anzustreben - auch wenn dies eine gewisse Fehlertoleranz von uns heute abfordert, wie ich hinzufügen würde. Das muss dabei durchaus keine „überkonservative, unkritische und untätige“ Haltung sein, denn es gibt genügend Anlässe, die Welt in kleinen Schritten zu verbessern, wo sie in ihren Konsequenzen recht gut überschaubar sind. Es spricht auch nichts gegen die Formulierung von langfristigen gesellschaftlichen Zielen - wenn sie kontinuierlich in einem demokratischen Diskurs auf Gültigkeit überprüft und gegebenenfalls geändert werden. Wir müssten allerdings einsehen (und die Politik müsste das vermitteln), dass es auf unserem Weg in die Zukunft schicksalhafte Ereignisse und Entwicklungen geben kann (und wird), die wir nicht beeinflussen und steuern können - auch die fähigsten Politiker nicht und auch die nicht, die behauptet haben, es zu können (und dass das alles furchtbar ungerecht sein kann). Wir müssen einsehen, dass das Zulassen einer nicht-demokratischen Alternative schlimmer wäre.

Anfang der neunziger Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Wiedervereinigung haben wir uns gefragt, wie sich die Welt in den kommenden Jahrzehnten verändern würde. Huntington hat vom „Clash of Civilizations“ gesprochen und Fukuyama vom „Ende der Geschichte“. Viele haben eine Friedensdividende eingefordert und haben uns endlich auf dem Weg der friedlichen globalen Weiterentwicklung gesehen (wenn nur die "bösen" USA nicht gewesen wären). Heute sehen wir, dass die Welt nach der Atombombe lediglich „für 50 Jahre den Atem angehalten“ hat und wir uns nun in einer politisch viel komplexeren pluralistischen Interessen- und Handlungsumwelt zurechtfinden müssen, die aber viel eher der Welt unserer Großeltern ähnelt, als unserer vor zehn Jahren. Vor allem stellt sich heraus, dass wir mit Bedrohungen unserer Existenz und Lebensumwelt fertig werden müssen, denen in der Tat nicht mit den alten Rezepten und Lösungsverfahren beizukommen ist.

Kommen wir nun zu unserer heutigen Krise (wie immer wir diesen Begriff definieren wollen). Ich stimme durchaus einigen der in der letzten Zeit formulierten

systemkritischen Analysen zu², wonach wir es mit einer sehr tiefgehenden Krise zu tun haben. Aber stellt sich wirklich die „Systemfrage“ unseres gesellschaftlichen Paradigmas? Sollten wir schon mal „vorausschauend im Rückblick“ das Ende der Demokratien auf 1989 datieren, wie Welzer es für denkbar hält? Ist das, was wir derzeit erleben, eine Krise, die uns veranlassen muss, „flügel-schlagend“ grundsätzliche Weichen womöglich irreversibel neu zu stellen? Hat die soziale (und liberale) Marktwirtschaft ausgedient, und müssen wir auf Wirtschafts- und Staatsmodelle zurückgreifen, die scheinbar „mehr Gerechtigkeit, Anstand und Wohlstand garantieren“, und mit denen wir dann „soziale Unruhen“ und Revolutionen verhindern können? Was ist denn bisher passiert? Der DAX ist zeitweilig von 8000 auf einen Wert von 4000 „abgestürzt“ (im Jahr 2003 lag er bei 2400), das „globale System“ der Banken wird durch Staatsintervention am Leben erhalten und es sieht derzeit durchaus so aus, als ob eine „systemerhaltende Rettung“ zu erwarten ist. Und wir müssen einen (vielleicht ja nur zeitweisen) Rückgang unseres Lebensstandards erwarten - aber ausgehend von welchem Niveau!

Der Kapitalismus in seiner technologisch basierten demokratischen Variante ist trotz vieler Auswüchse das bisher in der Menschheitsgeschichte erfolgreichste System zur Sicherung von Wohlergehen und Freiheit für möglichst viele. Er hat in Verbindung mit der Industriellen Revolution eine bis dahin undenkbbare Emanzipation der gesamten Bevölkerung eingeleitet. Man kann es durchaus als ein einmaliges Menschheitsexperiment wahrnehmen, alle Menschen in politische und gesellschaftliche Mitbestimmungsprozesse einzubeziehen (inzwischen ja sogar die Frauen³). Die im achtzehnten Jahrhundert entwickelte (untrennbare) Kombination von Technik und Kapitalismus hat sich dabei für unsere industrialisierte Welt als außerordentlich robust erwiesen (die Weltkriege sind in Deutschland wirtschaftlich erheblich besser überstanden worden als der Dreißigjährige Krieg). Unsere Welt ist dafür auf der anderen Seite wesentlich weniger robust, wenn wir es von der Erwartungshaltung für Staatsleistungen und für Mitbestimmung der Menschen sehen und von ihrer Kritik- und Protestbereitschaft. Das ist (gewollte) Folge des Emanzipationsprozesses der letzten vierhundert Jahre. Diese Tatsache konfrontiert uns allerdings damit, dass wir mit der Fragestellung, was „staatstragendes Verhalten“ eigentlich ist, und wie wir es einfordern, bzw. ausreichend sicherstellen können, eben anders umgehen müssen, als eine autokratische Regierung.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns davor hüten, grundsätzliche, berechnigte und erhellende Kritik und die klare Notwendigkeit, neue Lösungen zu finden, vorschnell mit der Systemfrage und der Forderung nach schnell wirkenden „Lösungen“ zu verbinden. Wir Deutsche haben eine fatale Neigung, alles ein für allemal ganz richtig machen und die Dinge grundsätzlich angehen zu wollen. Uns liegt anscheinend die Stückwerktechnik nicht, die wir als „unsystemati-

² z.B. in dem Essay von Harald Welzer, DER SPIEGEL 1/2009 vom 29.12.2008

³ Das ist eine ironische Formulierung!

sches Durchwursteln“ wahrzunehmen scheinen. Hinzu kommt die Neigung, schnell Ergebnisse zu erwarten, die die Probleme erledigen, damit wir wieder „normale Verhältnisse“ haben. Wir haben uns daran gewöhnt, letztlich alles für machbar halten zu dürfen und eine Entwicklung zum Schlechteren wird immer sofort als eigentlich vermeidbares Versagen der Politiker oder der Manager wahrgenommen (und von der Opposition so dargestellt). Dies ist eine grundsätzliche Schwäche der Demokratie (aber kein Grund, sie abzuschaffen).

Was kann man tun? Was wir brauchen, ist ein besonnener rationaler Diskurs der ganzen Gesellschaft über unsere langfristigen Ziele und ihre kontinuierliche Anpassung an neue Erkenntnisse (hier treffe ich mich wieder mit Welzer und vielen anderen). Dazu gehört sicher auch die Frage, wie eine moderne Demokratie mit den schnellen kulturellen und zivilisatorischen Veränderungen der globalen Gesellschaft, aber auch mit der Technik und ihren Implikationen ohne Systembruch fertig werden kann (insofern stellt sich durchaus „eine Systemfrage“). Hier sind nicht nur die Intellektuellen und auch nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Gruppierungen gefordert. Auch wenn das wieder nach Lobbyismus der Forscher klingt, bedeutet das aber jedenfalls, dass wir die Forschung stärken müssen, um so viel belastbares Wissen über Möglichkeiten und Gefahren der Zukunft wie nur möglich in den Diskurs einzubringen (er lebt von Rationalität und zunehmendem Wissen). Das muss man tun, selbst wenn es an anderer Stelle schmerzhaftes Einschnitte bedeutet. Da andererseits die Bereitschaft und Fähigkeit der Gemeinschaft, dies zu leisten, offenbar mit dem Wohlstand sinkt, ist die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine vorrangige Aufgabe, die man nicht durch allzu puristisch und fundamental verstandenes Gerechtigkeitsempfinden und moralischen Rigorismus aufs Spiel setzen darf (dies ist kein Plädoyer für unmoralischen politischen Pragmatismus und Zynismus!). Wir brauchen Kernenergieforschung, Gentechnik- und Stammzellenforschung, sollten der Volkswirtschaft aber auch nicht dadurch Schaden zufügen, dass wir mit der Abwrackprämie immer noch wertvolle PKW vernichten, für die es durchaus moralisch vertretbare Märkte und Verdienstmöglichkeiten auf der Welt gibt.

Wir können die Welt nicht bis heute Abend retten, dafür ist sie zu kompliziert. Wir müssen auch morgen früh noch daran weiterarbeiten – und vielleicht müssen ja sogar unsere Kinder „die Welt ganz neu erfinden“ weil wir das nicht so richtig hinbekommen haben.

Weitere Themen in dieser Reihe sind erschienen oder in Vorbereitung
(verfügbar unter <http://publica.fraunhofer.de/> oder auf Anfrage)

Stand Mai 2009:

Die Problematik der Bereitstellung wissenschaftlicher Entscheidungshilfen
Zwischenbericht (Vortragsmanuskript) (nicht als eprint verfügbar)
Mai 1980

Hochtechnologien in der Wehrtechnik
Mai 2004

Betrachtungen zum Risikobegriff vor dem Hintergrund naturwissenschaftlich-
technischer Entwicklungen und staatlicher Planung und Vorsorge
August 2004

Langfristige Technologieentwicklungen
Anmerkungen zu Arbeitswelt, Rationalisierung und Ausbildung
Januar 2005

Zur Entstehungsgeschichte der modernen Technik
März 2006

Disruptive Technologies - widening the scope -
April 2006

Betrachtungen zur äußeren und inneren Sicherheit
Gedanken zu einer „Robusten Gesellschaft“
August 2006

Utopien und Planung - der steinige Weg zur Wirklichkeit -
November 2006

Prognosen, Utopien, Planung und staatliches Handeln
Gedanken zum Diskurs „Technik und gesellschaftlicher Wandel“
April 2008

Zum Komplexitätsproblem in Entscheidungsprozessen
November 2008

Prognosen und Planung
Technologievorausschau vor dem Hintergrund staatlicher Vorsorge
Mai 2009

